

Offener Brief

An
die Mitglieder der Landesregierung Brandenburg
die Mitglieder des Landtages Brandenburg
den Senat von Berlin

Fortschreibung der Gemeinsamen Landesentwicklungsplanung Hier: Zentrale-Orte-System

Sehr geehrte Damen und Herren,

Berlin und Brandenburg schreiben ihre Landesplanung fort. Zur Neuordnung der Landesplanung gehört auch eine Neugliederung des Netzes und der Hierarchie der Zentralen Orte zur Sicherung überörtlicher Daseinsvorsorge im Land Brandenburg.

Der Ansatz dieser Neugliederung, die überörtliche Daseinsvorsorge künftig nur noch in Ober- und Mittelzentren zu konzentrieren, ist verfehlt. Er verkennt, dass auch unterhalb der Ebene der Mittelzentren in Orten überörtliche Funktionen wahrgenommen werden und auch wahrgenommen werden müssen, wenn der ländliche Raum zukunftsfähig bleiben soll. Die Raumordnung dient ausdrücklich dazu, die Daseinsvorsorge z.B. mit Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Stützpunktfeuerwehren etc. zu sichern und zu entwickeln. Solche Funktionsbündelungen muss die Landesplanung, wie in allen anderen Bundesländern, auch anerkennen. Sie dienen auch als Orientierungspunkte für Fachplanungen oder Investitionsentscheidungen.

Berlin und Brandenburg ergänzen sich. Berlin kann kein Interesse daran haben, dass der ländliche Raum Brandenburgs seine Komplementärfunktion für Berlin nicht mehr erfüllen kann. Wird die Landesentwicklungsplanung wie beabsichtigt umgesetzt, werden weite Teile des Landes und insbesondere des ländlichen Raumes bei der Daseinsvorsorge auf sich allein gestellt sein. Fehlende Planungs- und Investitionssicherheit werden die Menschen noch stärker als bisher dazu veranlassen, ihre ländliche Heimat aufzugeben und abzuwandern. Für Investoren und Zuwanderer wird der ländliche Raum weiter an Attraktivität verlieren.

Die Unterzeichnenden befürchten, dass bei einem Verzicht auf Zentrale Orte unterer Stufe die kleineren Städte und Gemeinden sowie die ländlichen Räume ihrer Entwicklungsoptionen beraubt werden. Dies entspricht nicht der Zielstellung des gemeinsamen Leitbildes für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Wir fordern daher die Landesregierungen von Brandenburg und Berlin sowie die Mitglieder des Landtages Brandenburg auf, dass unterhalb der Ebene der Mittelzentren von der kommunal verfassten Regionalplanung im Land Brandenburg eine weitere differenzierte Ebene aus Grundzentren und - bei Bedarf - Landstädten/Ländlichen Schwerpunkorten ausgewiesen werden darf. Zudem soll auf Sondersituationen an der Stadtgrenze Berlins reagiert werden können.

Mit freundlichen Grüßen